



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Bildungsausschuss**  
- L 213 -

Kiel, 19. August 2011  
Landeshaus  
Tel. (0431) 5300 1145  
(0431) 5300 1171  
Fax (0431) 5300 4 1180  
Bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

## **K u r z b e r i c h t**

*über die*

### **29. Sitzung des *Bildungsausschusses***

*am Donnerstag, dem 18. August 2011, 14 Uhr,  
im Schleswig-Holstein-Saal des Landtages*

Beginn: 14:25 Uhr

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag, den **Gesetzentwurf der Landesregierung über das Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel (GEOMAR)**, [Drucksache 17/1493](#), unverändert anzunehmen.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und der LINKEN bei Enthaltung des SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der SPD **Keine Privatisierung des UK S-H und keine Defusionierung**, [Drucksache 17/1648](#), abzulehnen; mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW bei Enthaltung der SPD empfahl er, den Antrag von SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Keine Vorfestlegung für eine Privatisierung des UK S-H**, [Drucksache 17/1613](#) (neu), ebenfalls abzulehnen.

Einstimmig empfahl der Bildungsausschuss dem Innen- und Rechtsausschuss festzustellen, dass die **Volksinitiative „Schulfrieden Schleswig-Holstein!“**, [Drucksache 17/1512](#), durch die Verabschiedung des Schulgesetzes im Januar hinfällig ist.

Zu den **Gesetzentwürfen zur Neufassung des Denkmalschutzgesetzes**, [Drucksachen 17/88](#) und 17/1617 (neu), will der Ausschuss zunächst schriftliche Stellungnahmen einholen und später eine mündliche Anhörung durchführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer bis Ende nächster Woche zu benennen.

Die Beschlussfassung über die Anträge **Studium und Familie besser vereinbar machen**, [Drucksachen 17/1365](#) und 17/1411, wurde vertagt, um die Thematik insbesondere auch im Hochschulpolitischen Dialogforum weiter beraten zu können.

Einstimmig beschloss der Bildungsausschuss auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ([Umdruck 17/2523](#)), zum **Forschungsstandort Schleswig-Holstein** in naher Zukunft eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Folgende Berichte nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis:

- Auswirkungen der Aussetzung des Wehrdienstes und Zukunft der Freiwilligendienste und des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein, [Drucksache 17/1425](#)
- Wissenschafts- und Studienplatzstandort nachhaltig sichern!, [Drucksache 17/1426](#)
- Bereitstellung von Studienanfängerkapazitäten durch die Aussetzung der Wehrpflicht, [Drucksache 17/1569](#)
- Bericht der Landesregierung über die Prüfung der Bedingungen für eine mögliche Integration der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in die Universitätsbibliothek Kiel, [Drucksache 17/1424](#)
- Tätigkeitsbericht 2011 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein, [Drucksache 17/1220](#)

Zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Bewegliche Ferientage**, [Umdruck 17/2517](#), will der Ausschuss Stellungnahmen des Landkreistages und Schulleiterverbandes einholen.

Zum Thema **Gedenkstättenarbeit Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1428](#), wollen die kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen am Rande der kommenden Plenartagung einen Fragenkatalog erarbeiten und das weitere Beratungsverfahren besprechen.

Außerdem nahm der Ausschuss auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berichte des Wissenschaftsministeriums zum aktuellen Stand der Nachfrage nach Studienanfängerplätzen in Schleswig-Holstein und zur Einführung des auslastungsbezogenen Sockelbudgets entgegen.

Schluss: 16:35 Uhr

gez. Ole Schmidt